

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/1528 –**

Sicherheit im Busverkehr

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, bis zum Jahresende ein Verkehrssicherheitskonzept vorzulegen, die Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr im Zusammenspiel mit den Polizeien der Länder zu verstärken, gemeinsam mit den europäischen Partnern auf den europäischen Haupturlaubsstrecken die Kontrollsysteme zu verstärken und aufeinander abzustimmen, bei der EU in Brüssel auf die europaweite Einführung eines digitalen Fahrtschreibers zu drängen sowie unverzüglich ein obligatorisches Fahrsicherheitstraining für Busfahrer einzuführen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1528 – abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Heinz Paula
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Heinz Paula

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/1528 in seiner 63. Sitzung am 25. September 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern, bis zum Jahresende ein Verkehrssicherheitskonzept vorzulegen, die Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr im Zusammenspiel mit den Polizeien der Länder zu verstärken, gemeinsam mit den europäischen Partnern auf den europäischen Haupturlaubsstrecken die Kontrollsysteme zu verstärken und aufeinander abzustimmen, bei der EU in Brüssel auf die europaweite Einführung eines digitalen Fahrtenschreibers zu drängen sowie unverzüglich ein obligatorisches Fahrsicherheitstraining für Busfahrer einzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 15/1528 in seiner 20. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 20. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten. Er hat sich durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen einen schriftlichen Bericht über Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit im Reisebusverkehr erstatten lassen, welcher in der Sitzung gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU beraten wurde. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, jede Initiative sei zu begrüßen, wenn sie dem Ziel diene, mehr Sicherheit im Reisebusverkehr zu schaffen. Die Forderungen aus dem Antrag seien aber überholt. Ein digitaler Fahrtenschreiber werde für Neufahrzeuge bereits im nächsten Jahr eingeführt. Es gebe auch bereits ein Abkommen, welches Kontrollen auf den Haupturlaubsstrecken vorsehe. Was das geforderte Fahrsicherheitstraining für Busfahrer betreffe, gebe es bereits erweiterte Regelungen über die freiwillige Ausbildung und auch eine EU-Richtlinie über die Grundausbildung und die Weiterbildung der Fahrer. Zu der Forderung nach Verstärkung der Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr im Zusammenwirken mit den Polizeien der Länder, erkläre sie, es handle sich primär um eine Angelegenheit der Länder; das Bundesamt für Güterverkehr könne nur ergänzend tätig werden. Sie forderte dazu auf, sich bei den Ländern, welche dem Bundesamt für Güterverkehr die Möglichkeit zur Kontrolle bislang nicht eingeräumt hätten, dafür einzusetzen, dass diese Möglichkeit geschaffen werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** empfahl, ihrem Antrag zuzustimmen. Der Reisebusverkehr müsse sicherer gemacht werden. Dazu müsse man verstärkten Druck auf „schwarze Schafe“ ausüben, indem man die Kontrollen intensiviere. Rechtstreuere Unternehmen müssten im Wettbewerb geschützt werden. Man benötige verschärfte Sanktionen bei technischen Mängeln und eine verbesserte Technik bei Bussen, z. B. durch die Einführung von Fahrdynamiksystemen. Erforderlich sei auch die Einführung des Straftatbestandes der Manipulation von Geschwindigkeitsbegrenzern und Kontrollgeräten. Man unterstützte die Forderung an die Länder, die Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr zu ermöglichen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Omnibus sei nach wie vor ein sehr sicheres Verkehrsmittel. Die Unfälle seien aber geeignet, die Branche in Verruf zu bringen. Deswegen müsse in diesem Bereich etwas geschehen. Die in den letzten Jahren verabschiedeten Regelungen hätten zu einer wesentlichen Verbesserung geführt. Das zentrale Problem bleibe aber, dass der enorme Druck in der Branche immer wieder dazu führe, dass die Lenkzeiten bzw. die Geschwindigkeitsbegrenzungen überschritten würden. Man begrüße, dass die Sanktionen noch einmal deutlich verschärft werden sollten. Dies könne aber nicht die alleinige Lösung sein. Bezüglich des Antrags der Fraktion der CDU/CSU schloss sie sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, unabhängig davon, welche technischen Vorgaben man noch beschließe, sei entscheidend, deren Einhaltung konsequent zu überwachen. Dazu werde auf absehbare Zeit kein Bundesland mit seinen Polizeikräften in der Lage sein. Man könne überlegen, ob man nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Güterverkehr, welche zur Zeit nicht für die Überwachung der Maut eingesetzt werden könnten, für ein Bus-Sonderprogramm einsetze, und man solle darüber diskutieren, wie die Kontrollrechte des Bundesamtes für Güterverkehr im Hinblick auf Busse ausgeweitet werden könnten.

Man stimme dem Antrag zu und fordere die Bundesregierung zu gesetzgeberischen Maßnahmen und zu Gesprächen mit den Ländern auf.

Berlin, den 13. November 2003

Heinz Paula
Berichtersteller